

Interpellation Luzius Theiler (GBP): Was unternimmt der Gemeinderat gegen den massiven Abbau des Briefkastenangebotes in der Stadt Bern?

In der Stadt Bern sollen 50 von 300 Briefkästen verschwinden, in der Innenstadt fallen sogar zwei Drittel aller Briefkästen dem Abbau zum Opfer. Diese „Optimierung der Standorte“ erfolge jeweils „in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden“, erklärt die Post auf Anfrage. „In der Stadt Bern wurden die neuen Standorte in Zusammenarbeit mit den entsprechenden städtischen Gremien bestimmt“.

Die Post behauptet, mit dieser Massnahme könne sie allein in der Stadt Bern Leerungsrouten von täglich 120 km einsparen, was ökologisch sinnvoll sei. Abgesehen davon, dass diese Zahl völlig unseriös zu hoch erscheint, wird ausser Acht gelassen, dass eine Ausdünnung des Briefkastenangebotes zwangsläufig zu Mehrverkehr, auch mit dem Auto, führt. Der Gemeinderat wird angefragt:

1. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass die im Gange befindliche Ausdünnung des Briefkastenangebotes insbesondere für ältere Personen, Gehbehinderte und zeitlich eingeengte Personen und Unternehmen zu Erschwernissen führt und damit die Qualität des Standortes Bern reduziert wird?
2. Wann hat die Post die Stadt über ihre Pläne, 50 Briefkästen abzubauen, informiert?
3. Stimmt die Auskunft der Post, dass die neuen Standorte (und damit logischerweise auch die aufzuhebenden Standorte) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gremien der Stadt erfolgt?
4. Um welche Gremien handelt es sich?
5. Wie genau funktionieren die „enge Zusammenarbeit zwischen Post und Gemeinde“ bzw. das Bewilligungsprozedere?
6. In welcher Weise hat die Stadt bei konkreten Standortentscheiden ein Mitbestimmungsrecht?
7. Warum wurden die Pläne der Post von der Stadt nie kommuniziert?
8. Die Post schiebt der Denkmalpflege die Verantwortung für den Abbau der Briefkästen in der Innenstadt zu. Es wäre aber der Post ohne Weiteres zuzumuten, eine in Farbe, Gestaltung und Massen denkmalgerechte Variante des neuen Briefkastens zu entwickeln, umso mehr als sich das Problem wohl nicht nur in Bern stellt. Ist der Gemeinderat bereit in diesem Sinne bei der Post zu intervenieren?

Bern, 27. November 2008

Interpellation Luzius Theiler (GPB), Rolf Zbinden, Hasim Sancar, Karin Gasser, Robert Meyer, Stéphanie Penher, Lea Bill, Anne Wegmüller, Ernst Stauffer, Dieter Beyeler

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Mit dem Optimierungsprojekt reagiert die Post auf das veränderte Verhalten ihrer Kundinnen und Kunden. An sich ist es bedauerlich, wenn das Briefkastenangebot in der Stadt Bern reduziert wird. Andererseits darf der Post attestiert werden, dass sie bei der Umsetzung des Projekts umsichtig vorgeht. Das Vorhaben wurde und wird in drei Etappen in den Jahren 2007 bis 2009 schrittweise realisiert. Die dritte und letzte Tranche wird im Herbst 2009 in Angriff genommen und soll bis Ende Dezember 2009 abgeschlossen sein. Ende Jahr wird es auf Stadtgebiet noch 247 gelbe Briefkästen der Post geben, rund 50 Kästen weniger als bisher. Das Ziel, dass die Kundinnen und Kunden maximal einen fünfminütigen Fussmarsch oder maximal 200 m Distanz zurücklegen müssen, konnte in Bern erreicht werden. Damit wird in Bern der gleiche Standard realisiert wie in anderen Schweizer Städten. Dass durch die Aufhebung oder Versetzung von Briefkästen für einen bestimmten Personenkreis eine Verschlechterung einhergeht, ist nicht von der Hand zu weisen. Hingegen profitieren bei der Standortoptimierung andere Personengruppen von kürzeren Wegen. Insgesamt betrachtet der Gemeinderat das neue Konzept als stadtver- und der Qualität des Standorts Bern nicht abträglich. Auch geht der Gemeinderat davon aus, dass - gemessen an den sehr wenigen Reaktionen - die Bevölkerung der Stadt Bern das neue Briefkasten-Netz im Grossen und Ganzen akzeptiert.

Zu Frage 2:

Im Jahr 2006 hat die Post ihre Absichten und Vorschläge den zuständigen Fachstellen unterbreitet und mit ihnen diskutiert.

Zu Frage 3:

Ja.

Zu Frage 4:

Bei der Behandlung dieses Geschäfts waren insbesondere das Stadtplanungsamt (Gestaltung im öffentlichen Raum), das Tiefbauamt, die Denkmalpflege sowie das Bauinspektorat involviert.

Zu den Fragen 5 und 6:

Das Optimierungsprojekt wurde intensiv durch die Fachstellen der Stadt Bern begleitet. Insbesondere bei der Festlegung der neuen Standorte im öffentlichen Raum - bei denen die Stadt selbstverständlich ein Mitbestimmungsrecht hat - wurden die betrieblichen, gestalterischen und technischen Aspekte abgestimmt.

Zu Frage 7:

Die Post hat jeweils frühzeitig an denjenigen Briefkästen, die aufgehoben oder verschoben werden sollten, einen Kleber angebracht, auf dem die nötigen Informationen - insbesondere die Angabe über den zukünftig nächstgelegenen Briefkasten - für die Kundschaft enthalten waren.

Zu Frage 8:

In der Unteren Altstadt gilt - wie überall - grundsätzlich eine Bestandesgarantie für sämtliche Briefkästen. Dies bedeutet, dass alle bisherigen Anlagen in der bestehenden Form weiterbetrieben werden können. Wenn die Post darauf besteht, im UNESCO-Perimeter ein neues Modell einzuführen, muss dessen Gestaltung - gemäss den geltenden baurechtlichen Rahmenbedingungen - der besonderen Situation Rechnung tragen. Aus Sicht des Gemeinderats wäre die Entwicklung eines geeigneten Modells durchaus möglich und auch verhältnismässig ge-

wesen. Die Denkmalpflege der Stadt war bereit, zusammen mit der Post einen altstadtverträglichen Briefkastentyp zu entwickeln. Die Post zog es indessen vor, die kritischen Standorte in der Altstadt aufzuheben oder zu verschieben. Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass schlussendlich in der Altstadt eine praktikable Lösung gefunden werden konnte.

Bern, 25. März 2009

Der Gemeinderat